

Die Rückkehr in ein Land der Widersprüche

Asyl Ist der Abschiebestopp für Roma in das Kosovo richtig? Eine Landtagsdelegation will es genau wissen. Von Knut Krohn, Pristina

Die ersten leisen Zweifel kommen Karl Zimmermann auf dem Weg vom Flughafen zum Hotel. Der CDU-Abgeordnete gehört einer achtköpfigen Delegation des Stuttgarter Landtages an. Sie sind unterwegs in Richtung Pristina, in einem alten Bus, der über einen besseren Feldweg rollt. Kalt ist es, die Luft riecht schwer nach Braunkohle, das Kraftwerk am Stadtrand stößt eine schmutzige Rauchsäule in den Himmel. Das Kosovo ist ein trostloses Land.

Eine gute Stunde später sitzt die Delegation am Tisch mit Viora Citaku. Die Ministerin für europäische Integration erklärt ihren Gästen aus Baden-Württemberg eloquent, dass ihr noch junges Land trotz aller Probleme so viel wie möglich für die Rückkehrer aus Deutschland tue. Gesetze seien erlassen, Integrationsprogramme ins Leben gerufen und die Millionenzuschüsse bereits bewilligt. Das Kosovo ist ein Land im Aufbruch.

Es sind die großen Widersprüche, die die Krisenregion auf dem Balkan prägen. Auf der einen Seite steht ein moderner Staat, den die Hoffnung auf die Aufnahme in die Europäische Union zu einem ungeahnten Reformeifer treibt. Auf der anderen Seite herrscht ein rechtsfreier Raum, geprägt von mafiosen Strukturen, die den Staat im Würgegriff haben.

Inmitten dieses politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wirrwarrs bewegt sich die Kommission des Petitionsausschusses des Landtages. Deren Mitglieder hatten sich zwar nicht aufgemacht, die Wahrheit zu suchen, aber am Ende soll ein solides Urteil stehen, ob die in Baden-Württemberg lebenden Roma aus dem Kosovo wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollen. Im August vergangenen Jahres hatte der baden-württembergische Innenminister Reinhold Gall von der SPD einen Abschiebestopp verhängt. Grund sei der wieder aufgeflamte Konflikt im Norden des Kosovo. Nach Angaben der Landesregierung leben in Baden-Württemberg etwa 1200 Roma aus dem Kosovo mit einer Duldung.

„Die Rückkehrer werden am Flughafen von uns in Empfang genommen“, unterstreicht die kosovarische Ministerin Viora Citaku die Strategie ihres Landes zur Integration der Menschen. „Sie erhalten Informationen und werden in die Gemeinden gebracht, wo ihnen weitergeholfen wird.“ Karl Zimmermann, vehementer Befürworter einer strengen Abschieberegulierung, triumphiert. „Schreiben Sie das ins Protokoll“, ruft er der Landtagsabgeordneten Beate Böhlen über den Verhandlungstisch zu. Die Grünenpolitikerin und Vorsitzende

„Ganz zentral bei einer Abschiebung ist das Wohl der Kinder.“

Beate Böhlen, Vorsitzende des Petitionsausschusses



Neuanfang: der Arbeitersamariterbund hat Berim Berisha und seiner Familie ein Haus und eine Kuh geschenkt.

Foto: SZ

des Petitionsausschusses wirkt genervt. Sie stemmt sich gegen eine Wiederaufnahme der Rückführungen. Ständig fallen in dem Besprechungssaal Licht und Klimaanlage aus. Offenbar läuft im Kosovo nicht alles so rund, wie die schöne Fassade es verspricht.

Bekim Sylja kennt die Programme der Regierung. Er arbeitet beim Roma- und Ashkali-Dokumentationszentrum, eine Organisation, die den heimkehrenden Roma im Kosovo hilft. Er und eine Handvoll Mitarbeiter kämpfen in ihrem bescheidenen Büro in Pristina gegen viele Probleme – nicht nur gegen die alltägliche Diskriminierung der Volksgruppe. „Die Schwierigkeiten beginnen damit, dass viele der Roma nicht erfasst sind und sich auch nicht registrieren lassen wollen“, erklärt Sylja. Zu Zeiten Jugoslawiens sei für diese Volksgruppe vom

Staat – außer Repressionen – wenig zu erwarten gewesen, weshalb die Melderegister oft unvollständig seien. „Das Misstrauen der Roma gegenüber Behörden sitzt tief“, sagt Sylja.

Der Besuch in dem Dokumentationszentrum wird in der Delegation unterschiedlich gewichtet. Für die einen ist es ein weiterer Beweis für die unmenschlichen Bedingungen, auf die die Rückkehrer treffen. Die anderen fordern von ihnen schlicht mehr Eigeninitiative. Klar wird aber, dass mit jedem Termin für die Ausschussmitglieder die Situation an Facetten gewinnt und damit unklarer wird. Längst nehmen die Diskussionen kein Ende mehr. Während der Busfahrten werden in hitzigen Gesprächen

die Eindrücke ausgetauscht, jede Pause wird zum Forum über das Für und Wider des Abschiebestopps.

Die Befürworter einer härteren Gangart bei der Rückführung der Roma führen Programme wie „Ura“, auf Deutsch „Brücke“ ins Feld. Mit Hilfe aus Berlin und mit Mitteln der Stuttgarter Landesregierung werden die Rückkehrer während der ersten Monate begleitet. Sie werden mit Essen und Unterkunft versorgt, sie erhalten Schulungen und Unterstützung beim Aufbau einer neuen Existenz. Im Rahmen eines anderen Projektes hat in der Stadt Mitrovica die Diakonie Kosovo ein Zentrum etabliert, in dem jedes Jahr Dutzende Rückkehrer eine Berufsausbildung durchlaufen. Nach inoffiziellen Schätzungen kümmern sich rund 3000 Hilfsorganisationen um den Aufbau des zerstörten Landes.

Wer gegen eine schnelle Abschiebung argumentiert, verweist auf die brutale Realität im Kosovo, die sich vor den Augen der Besucher aus dem wohlhabenden Deutschland aufbaut. Da bekommen sogar erfolgreiche Projekte einen bestürzend bitteren Beigeschmack. Auf der Fahrt zu einem Aufbauprogramm des Arbeitersamariterbundes schiebt sich der Bus der Delegation durch eine Siedlung am Rand der Kleinstadt Kosovo Polje. Dort wohnen 4000 Roma, rund 40 davon haben eine feste Arbeitsstelle. Entlang der Bahngleise geht es vorbei an auffälligen Häusern, zwischen den Gebäuden lagert Müll und Unrat, am Straßenrand liegt ein sterbender Hund.

Die letzten Meter zum Haus von Berim Berisha und seiner Familie kämpft sich die Delegation zu Fuß durch tiefen Matsch.

Am Ende des Weges empfängt der Familienvater stolz die Gäste. „Ich bin zufrieden“, sagt der Rückkehrer und lädt in seine bescheidene Behausung. Er habe vom Arbeitersamariterbund ein Haus und eine Kuh bekommen. Die Kuh, die einzige solide Verdienstmöglichkeit, ist schon verkauft, da Berisha schwer krank geworden war und er dringend Medikamente benötigt hatte. „Ich danke meinen Helfern, ich bin wieder gesund, ich bin zufrieden“, sagt er noch einmal zum Abschied und winkt.

Dieses Beispiel für Rückkehrhilfe wirft bei den Delegierten die Frage auf, was getan werden muss, dass Abschiebungen menschlich zu vertreten sind. „Ganz zentral ist immer das Wohl der Kinder“, sagt Beate Böhlen. Ihr politischer Antipode Karl Zimmermann steht neben ihr und nickt zustimmend. Der Satz einer Unicef-Mitarbeiterin ist allen im Gedächtnis geblieben: „Wenn die Kinder hier ankommen, endet damit in der Regel auch ihre Schullaufbahn.“

Am Ende der Reise sitzt die Gruppe in der Abflughalle des Flughafens von Pristina und versucht die Eindrücke zu sortieren, zu gewichten. Die Diskussion ist hitzig, aber sachlich. Die Delegierten sind vorsichtig geworden beim Formulieren von Forderungen, unentschiedener, zu viel haben sie in diesen vier Tagen gesehen – gute wie schlechte Dinge. Am Ende wird ein Bericht stehen, der die Basis bildet für die Entscheidung, wie in Zukunft mit den Roma in Baden-Württemberg verfahren wird. Die Delegation soll ein eindeutiges Urteil fällen, formuliert auf wenigen Seiten, die Zweifel aber bleiben.

Die Folgen der Niederlage

S 21 Die Grünen haben ihr Scheitern bei der Volksabstimmung nicht verwunden. Das belastet die Koalition. Von Reiner Ruf

Nach der Volksabstimmung ist vor der Volksabstimmung. Dieser Befund drängt sich angesichts der gegenwärtigen Querelen in der grün-roten Koalition im Land auf. Insbesondere Regierungschef Winfried Kretschmann steckt in einem Dilemma. Arbeitet die Landesregierung der Bahn bei der Umsetzung des Projekts Stuttgart 21 zu, bringt Kretschmann seine Stuttgarter Parteibasis gegen sich auf. Die Grünen stehen vor einer Oberbürgermeisterwahl, in der sie ihre Mehrheitsfähigkeit unter Beweis stellen müssen. Nun aber schwimmen ihnen die Felle davon, wie ihre Probleme bei der Kandidatensuche belegen. Der Koalitionspartner SPD wiederum pocht auf ein konstruktives Verhalten beim Bau des Tiefbahnhofs. Dass sich die Genossen von Kretschmann hintergangen fühlen, ist dem Spagat geschuldet, den der Regierungschef angesichts seiner enttäuschten Anhänger vorerzählt.

Unter den Grünen gibt es nicht wenige, die noch nicht akzeptieren können, dass sie die Volksabstimmung verloren haben. Das fällt ihnen umso leichter, als die Bahn beim Bau des Tiefbahnhofs massive Probleme hat. Und doch müssen die Grünen aufpassen: Wenn sie als Partei, die das Versprechen der Bürgerbeteiligung als Banner schwingt, die Volksabstimmung dementieren, dann machen sie sich völlig unglaubwürdig. Das kostet auch Wählerstimmen.

Schnell am Abzug

Nato Die wahlkämpfenden Präsidenten Obama und Sarkozy spielen in Afghanistan mit dem Feuer. Von Christopher Ziedler

Die Stimmung im Nato-Hauptquartier war schon zuvor aufgekratzt. Die unabgesprochene Ankündigung Nicolas Sarkozys, die Truppen seines Landes Ende 2013 aus Afghanistan heimholen zu wollen, obwohl die Nato-Planung dies erst ein Jahr später vorsieht, stieß auf Unverständnis. Schließlich mussten auch andere Bündnispartner, wie jüngst Frankreich, schwere Verluste beklagen. Mehr als irritiert waren sie deshalb, als es gestern Mittag plötzlich hieß, auch die Nato-Führungsmacht Amerika wolle 2013 abziehen. Es dauerte Stunden, bis klargestellt war, dass es beim vereinbarten Vorgehen bleibt: Ende 2014 werden – wenn es die Sicherheitslage zulässt – keine Nato-Kampftruppen mehr am Hindukusch im Einsatz sein.

Um eine Kommunikationspanne des Pentagons dürfte es sich dabei nicht handeln – eher um Absicht. Den kriegsmüden Amerikanern wird vorgegaukelt, der ebenfalls wahlkämpfende Präsident Barack Obama sei schnell am Abzug. Dabei steht Ende 2013 als Zeitpunkt, zu dem die Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch die Afghanen in allen Provinzen begonnen haben soll, schon lang fest. Das ohnehin nicht allzu große Zutrauen, dass die afghanische Seite in Zusagen der Nato hat, wird durch solche Manöver weiter ausgehöhlt. Das macht eine dauerhafte Befriedung der Lage am Hindukusch noch unwahrscheinlicher.

Unten rechts

Gut versichert

Bei der Betrachtung der Lage der Nation ist ein Aspekt bis jetzt wenig beachtet worden: die Rolle der Versicherungen. Dabei haben sie großen Anteil am Besorgnis erregenden Zustand der Republik. Der Nationalsozialistische Untergrund etwa konnte nur deshalb so lange sein Unwesen treiben, weil er eine sehr gute Rechtsschutzversicherungen hatte. Doch dies ist nur die Spitze des Eisbergs.

Die seinerzeit überraschenden Rücktritte der Herren Koch und von Beust erscheinen plötzlich in einem ganz anderen Licht. Von wegen Amtsmüdigkeit. Tatsächlich war der Ausstieg der schwarzen Regierungschefs nur möglich, weil sie sich voll und ganz auf ihre Rücktrittsversicherungen verlassen durften. Getreu dem Motto „Versichern heißt verstehen“, hat auch Horst „Wer“ Köhler gehandelt, als er den Bettel hinschmiss. Statt für eine Überlebensversicherung hatte er sich seinerzeit für eine Ausfallversicherung entschieden. Vor diesem Hintergrund lässt sich ahnen, dass Christian „Raffzahn“ Wulff seinen Platz im Schloss so schnell nicht räumen wird, sondern den Slogan „eine Allianz fürs Leben“ auf seine Weise interpretiert.

Er hat zu ganz besonderen Konditionen eine ganz besondere Versicherung gefunden: eine Berufsunfähigkeitsversicherung, die ihm schon jetzt beispringt. Verena Mayer

Die genetische Spur führt Pedro zu seinem Vater

Zwangsadoption Ein Argentinier wurde als Baby entführt. Erst mit 29 entdeckt er seine richtige Identität. Von Wolfgang Kunath, Buenos Aires

Das Foto ist in dem Moment aufgenommen, in dem Jorge Nadal zum ersten Mal seinem Sohn Pedro gegenübersteht. Nach einer Suche, die 29 Jahre gedauert hat. Dem Vater, einen halben Kopf kleiner, strahlt die Freude geradezu aus den Augen. Der Sohn lächelt unsicher. Er fasst ihn am Arm, aber es sieht dabei so aus, als wollte er ihn auf Abstand halten. Sehr merkwürdig sei dieser Moment gewesen, sagt Pedro Nadal mit einem Blick auf das Foto: „Ich hatte nie einen Vater gehabt, plötzlich stand er vor mir, und ich – ich empfand Distanz.“ Das Treffen ist ein paar Jahre her, und bis heute „ist der Prozess, meinen Vater kennenzulernen und Nähe zu ihm zu fühlen“, nicht abgeschlossen. „Bei ihm war es natürlich anders“, sagt Pedro Nadal: „Er hat mich schließlich 29 Jahre lang gesucht.“

Für den Mann, der sich früher als sein Vater ausgegeben hat, verwendet Pedro ein Wortnetzum: „El apropiador“ – der Aneignener. So unbehaglich das klingt, es ist immer noch eine nüchterne, fast neutrale Bezeichnung für den Mann und seine Tat. Auf Deutsch würde man von Zwangsadoption sprechen, aber das akzeptiert Pedro nicht: „Adoption? Nein, er hat mich entführt. Er hat mich, als ich klein war, auf seine Polizeidienststelle mitgenommen und mich dort als Beute, als Kriegstrophäe vorgezeigt!“

Pedro Luis Nadal García kam am 29. Mai 1975 zur Welt. Da saß sein Vater schon wegen seiner politischen Betätigung im Gefängnis; die linke Splittergruppe, der er und Pedros Mutter Hilda García angehörten, bestand aus eher freundlichen Staats-

feinden, die zum Beispiel einen Milchwagen kaperten und in ein Armenviertel führen. Am 6. März 1976 wurde Hilda zusammen mit Pedro auf offener Straße entführt – 18 Tage, bevor die Militärdiktatur formell die Macht übernahm.

Im Nachhinein hat Pedros Vater dabei sogar noch Glück gehabt. Er war immerhin offiziell verhaftet worden, sein Aufenthaltsort war der Familie stets bekannt, 1979 kam er frei und konnte mit Carlos, dem zwei Jahre älteren Bruder von Pedro, nach Frankreich ins Exil gehen. Von Hilda jedoch verliert sich nach dem 6. März 1976 jede Spur. Sie zählt zu Argentinens 30 000 „Verschwundenen“. Bis heute.

Das Paar, das Pedro damals als eigenen Sohn ausgab, trennte sich kurz darauf. Der Mann, ein Polizist, gründete nach der Trennung eine neue Familie. Als „Sohn aus erster Ehe“ kam Pedro oft zu Besuch, er freundete sich mit denen an, die seine Halbschwister zu sein schienen, aber das Verhältnis zum Vater blieb distanziert: „Ich habe nie Papa zu ihm gesagt, ich habe ihn nicht einmal mit seinem Namen angesprochen“. Das war anders bei der Ziehmutter. Sie war alleinerziehend, er ihr einziges Kind. „Wir haben jede Menge Momente der Freude und der Traurigkeit zusammen erlebt“, erinnert sich Pedro.

Viele Jahre lang quälten ihn Schuldgefühle. Das sei fast bei allen der Fall, die ein ähnliches Schicksal erlitten haben. Er habe sich Selbstvorwürfe wegen seiner ständigen Undankbarkeit gemacht, erklärt Pedro. „Sie hat mich schließlich großgezogen.“ Andererseits habe sie alles gewusst



Pedro Nadal ist als Säugling von einem Polizisten entführt worden.

Foto: Kessler

und vertuscht, weil sie selbst kein Kind bekommen konnte. Die Selbstzweifel sitzen tief. „Es ist natürlich nur Spekulation“, sagt Pedro, „aber das Schlimmste ist die Vorstellung, dass meine Mutter womöglich nicht verschwunden wäre, wenn man es nicht darauf abgesehen hätte, mich anzueignen.“

Pedro Nadal, von Beruf Informatiker, ist seit Langem verheiratet und Vater dreier Kinder. Nachdem er seine Identität wiedergewonnen hatte, kam es zum Bruch mit der Ziehmutter. „Sie war der Ansicht, sie sei das Opfer, und mir tat es nicht gut, dass sie immer wieder behauptet hat, richtig gehandelt zu haben“, sagt der heute 36-Jährige.

Eine Ahnung, dass irgendetwas nicht stimmte in seinem Leben, hatte Pedro schon früh. Zumal die Lügen, die er hörte nicht übereinstimmten. Einmal hieß es, der Polizist sei sein Vater und die leibliche Mutter habe ihn verlassen. Später wurde behauptet, seine Mutter habe ihn zur Adoption freigegeben, weil ihn der leibliche Va-

ter nicht anerkannt habe. Erst als Pedro selbst seine Geschichte herausgefunden hatte, gab die Ziehmutter die Wahrheit zu.

2003 zeigte die Menschenrechtsorganisation „Großmütter der Plaza de Mayo“ den früheren Polizeiarzt Jorge Antonio Bergés wegen „Aneignung Minderjähriger und Urkundenfälschung“ an. Offenbar war er einer der willigen Mittäter bei den wohl grotesksten Verbrechen der Diktatur: der Zwangsadoption von etwa 500 Babys, so die Schätzung der Menschenrechtsorganisation. Im Zuge der Ermittlungen wurden alle Geburtsurkunden untersucht, die Bergés in jener Zeit unterschrieben hatte, und so stieß man auf die von Pedro Nadal, der damals nicht – oder nicht mehr – so hieß.

Der Ermittlungsrichter rief ihn an und bestätigte Pedros Verdacht. Auf der Genetischen Datenbank in Buenos Aires zapfte man ihm Blut ab – eine von mehr als 11 000 Proben, die dort hinterlegt sind. Zwei Monate dauerte es, bis seine genetischen Daten mit denen der Blutprobe gekreuzt wurden, die sein Vater schon jahrelang vorher dort in der Hoffnung abgeben hatte, eines Tages seinen Sohn zu finden. Am 26. Oktober 2004 rief die Datenbank an. Das Foto von Vater und Sohn ist einen Tag später aufgenommen.

Als Pedro seine richtige Identität entdeckt, verflüchtigt sich jäh die alte: „Du verlierst deine Geschichte, dein Elternhaus, deinen Namen“, erzählt er und schimpft auf die früheren Zeiten, als die Verbrechen der Diktatur verschleiert und verdrängt wurden. Erst Präsident Néstor Kirchner habe die Wende gebracht, als er 2003 die Annullierung der Persilscheine betrieb, die den Menschenrechtsverbrechen Straffreiheit gewährten. „Hätte man das 20 Jahre früher gemacht, hätte ich 20 Jahre früher herausgefunden, wer ich bin.“